

Blockaden um weggewiesene Asylsuchende

Hilfswerke und Amnesty fordern Verbesserung und Überprüfung des Nothilfesystems

Flüchtlingsorganisationen halten das Regime der blossen Nothilfe an weggewiesene Asylsuchende für eine Sackgasse. Neben Rücksichtnahme auf besonders Schutzbedürftige fordern sie, dass das System überdacht wird.

C. W. Bern · Die 2004 gesetzlich eingeführte und 2008 ausgedehnte Regelung, dass weggewiesene Asylbewerber von der üblichen Sozialhilfe ausgeschlossen werden können, war von Anfang an umstritten. Einerseits schien es inkonsequent, Asylsuchenden nach dem rechtskräftigen negativen Entscheid weiterhin den Lebensunterhalt in der Schweiz zu gewähren. Von der Beschränkung auf eine minimale, von der Verfassung für Notlagen verlangte Hilfe versprach man sich einen zusätzlichen Druck, das Land zu verlassen. Andererseits wurde kritisiert, dass sich menschenunwürdige Situationen ergäben, zumal viele Betroffene gar nicht ausreisen könnten.

Wenig individuelle Rücksicht

Das Bundesamt für Migration begleitete die Einführung des «Sozialhilfestopps» mit Erhebungen und gelangte insgesamt zum Schluss, dass das System funktioniere. Demgegenüber untersuchte die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) die Praxis der Kantone und kam – mehr aus der Sicht der Betroffenen – zu einem schlechteren Bild. Die Leistungen der Kantone seien sehr ungleich und teilweise ungenügend. Namentlich werde nicht auf spezielle Bedürfnisse Rücksicht genommen, es fehle auch ein einheitlicher Begriff von «verletzlichen» Personen, wozu etwa Kranke und Kinder zu zählen sind. Alleinstehende Frauen würden manchmal Kollektivunterkünften zugewiesen, die

ganz von Männern dominiert seien. Da einige Kantone nicht für die obligatorische Krankenversicherung sorgen, hängt der Zugang zu Ärzten dort oft vom Entscheid des fachlich dafür nicht qualifizierten Betreuungspersonals ab. Durch die zermürbenden Umstände – Untätigkeit, Isolation, Angst vor der Polizei – ergeben sich, wie festgestellt wird, oft psychische Probleme.

Umstrittene Wirkung

Die Flüchtlingshilfe, Amnesty International, Solidarité sans frontières und die ebenfalls private Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht lancieren nun eine Kampagne, um die Bevölkerung zu sensibilisieren und mittels einer Petition Veränderungen zu erwirken. Die Verhältnisse hätten sich nicht verbessert, sagte Susanne Bolz von der SFH aufgrund eines neuen Berichts, der frühere Untersuchungen mit Blick auf sieben Kantone fortschreibt. Zum Teil hätten die Behörden den Druck auf die Betroffenen noch erhöht, zum Beispiel mit zusätzlichen Melde- und Präsenzpflichten; besonders in grossen Kantonen sei aber auch eine gewisse Resignation festzustellen.

Die vier Organisationen zweifeln, ob eine Art «permanente Beugehaft», wie ein Afghane die zwei Jahre lang selber erlebte Situation bezeichnete, überhaupt wirkt. 2009 bezogen 5800 Personen, die Hälfte der seit Anfang 2008 Weggewiesenen, Nothilfe. Im vierten Quartal 2009 lag der Entscheid bei einem Fünftel schon mehr als ein Jahr zurück. Während der Anteil der Langzeitbezügler nach dem Urteil des Bundesamts klein ist, zeigt er für die Träger der Kampagne, dass die Nothilfe, als Übergangslösung gedacht, der Realität nicht gerecht wird. Sie reden von einer Sackgasse, in der nicht nur die Betroffenen, sondern auch der Staat stecke.

Gefordert wird nun zum einen eine Behebung der kritisierten Mängel. Verletzliche Personen sollten Sozialhilfe erhalten, ebenso jene Weggewiesenen, die sich kooperationsbereit gezeigt haben, aber wegen des Verhaltens ihres Heimatstaats nicht zurückkehren können.

Beratung als Alternative

Zum anderen, heisst es in der Petition, müsse das System «überdacht» werden. Die SFH sieht einen Lösungsansatz in einer besseren Beratung. Eine Begleitung der Asylsuchenden sollte sicherstellen, dass sie das Verfahren als fair erleben und ein negatives Resultat verstehen. Die Hilfswerke wären zu solchen Aufgaben bereit, hätten allerdings nicht die nötigen Mittel; schon die heutige Rechtsberatung ist lückenhaft geworden. Ebenso sei die Rückkehrberatung noch auszubauen. So brauche es Hilfe zur ordentlichen Beendigung des Aufenthalts, zur Wahrnehmung von Ansprüchen und Pflichten. Und die Unterstützung der Wiedereingliederung müsse individueller darauf ausgerichtet werden, dass die Rückkehrer ihr Gesicht wahren könnten. Es werde aber immer Leute geben, die nicht zurückkehren wollten, fügte Susanne Bolz hinzu.

DOSSIER «MIGRATION»

Die Ausländerzahl ist in der Schweiz in den letzten Jahren rasant gestiegen. Das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugezogenen verläuft meistens problemlos. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und der hohe Anteil von Ausländern an der Kriminalität wecken Ängste und Ärger.



www.nzz.ch/dossiers